

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 6. Oktober 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 116.

Nürnberg!

IV.

Von den sonstigen Verhandlungen des Nürnberger Parteitags ist besonders hervorzuheben das Referat des Herrn Mollenbuhr über das Thema: „Sozialpolitik und der neue Kurs.“ Es ist unbestritten, daß in der Dreimillionenpartei Mollenbuhr der einzige Sozialpolitiker von Bedeutung ist. Natürlich behandelt auch er dieses Thema von seinem Parteistandpunkt aus, wodurch leider manche Schiefeiten entstehen, und auch die Geschichte der deutschen Sozialpolitik kommt bei ihm nur von seinem parteipolitischen Standpunkt aus zur Geltung. Das will heißen, daß Hörer und Leser nur unter einem gewissen Gesichtswinkel zu einer Betrachtung dieser wichtigen Sache gelangen können. Seiner Kritik, wie gegenwärtig von der Regierung und den herrschenden Parteien die Sozialpolitik behandelt wird, stimmen wir zu, aber auch die Sozialdemokratie trifft ein Teil der Schuld, daß es mit der Sozialpolitik in Deutschland zu einem gewissen Stillstande gekommen ist. Diese Schuld datiert nicht von heute und gestern, sondern sie ist die logische Folge eines 40-jährigen Programms der Negation gegenüber einem historisch gewordenen Staatswesen. Wir als Arbeiter können daher nur wünschen, daß der hushändige Sonnenstrahl der süddeutschen Realpolitiker in der Sozialdemokratie nicht wieder in Eise über Phrasologie erstarrten möge. Dann wird auch lebendige Kraft ausströmen auf die Sozialpolitik und ihr nahezu eingeroftetes Nährwert wieder in Gang zu setzen sein. Die Kritik Mollenbuhrs an der heutigen Sozialpolitik ist daher gleichzeitig aufzufassen als eine Kritik der sozialdemokratischen Unterlassungssünden.

Mollenbuhr gab zunächst gedrängt eine Darstellung der Entwicklung der Sozialpolitik in Deutschland sowie der Einflüsse, welche deren gesunde Entwicklung gehemmt hätten. Dann ging er dazu über, zu schildern, wie die Kapitalanhäufung eine gewaltige Steigerung der Macht der Kapitalisten bedeute und wie damit der politische Einfluß dieser Klasse wächst, woraus sich wieder eine Entrechtung der in der Produktion tätigen Personen ergibt. Nach Mollenbuhr also größere wirtschaftliche Macht = größere politische Macht der Kapitalisten = steigende Entrechtung der Massen. Wie soll aber nach dieser von Mollenbuhr aufgestellten Terminologie diese mehr und mehr entrechtete Masse die „politische Macht erobern“ und „den Klassenstaat stürzen“? Hat Mollenbuhr recht, dann haben die Anarchosozialisten und die Syndikalisten auch recht. Wir haben uns darüber schon früher ausführlich geäußert. Mollenbuhr geht dann auf die Umwandlung der Industrie ein, stellt fest, daß wir zurzeit 5000 Aktiengesellschaften mit mehr als 14 Milliarden Mark haben, geht auf die modernen Preisnotwendigkeiten, dann auf die Kartelle und Syndikate ein, sie in lichtvoller Darstellung behandelnd. Wir pflichten Mollenbuhr durchaus bei, daß es eine Utopie sei, anzunehmen, die Kartelle, diese nicht nur preisregulierenden, sondern vor allem preistreibenden wirtschaftlichen Erscheinungen könnten durch irgend ein Gesetz wieder beseitigt werden. Je mehr aber das Schwergewicht unseres ganzen

Gemeinwesens wirtschaftlich und politisch durch diese riesenhafte wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst wird, desto mehr sollte auch die Arbeiterklasse ihre gesamte Taktik danach einrichten, unbekümmert um Zukunftsstaat, Monarchie und sonstige agitatorische Ladenaüter. Großzügige Wirtschaftspolitik lehnt uns der Kapitalismus, die Arbeiter aber handeln wie jener preußische Korporal, der vor der Schlacht bei Jena mit dem Zollstocke nachmaß, ob auch die Zöpfe der Gardisten die vorgeschriebene Länge hatten. Das Wirtschaftsleben wie das soziale Leben tut uns Arbeitern nun einmal nicht den Gefallen, sich nach uns zu richten, ergo müssen wir die stärkere Macht respektieren und uns taktisch und praktisch damit abzufinden suchen. Kein Feldherr kann an seinem strategischen Plane festhalten, wenn der Feind ihm diesen Plan durchkreuzt.

Das ist um so notwendiger, als überall die Reaktion am Werk ist, die Arbeiter um die Früchte der Kulturentwicklung zu betrügen. Mollenbuhr legte dies dar bezüglich der kapitalistischen Ausbeutung der Hand- wie der Kopfarbeiter, der gegenüber die widerliche Erscheinung sogenannter Wohlfahrts-Einrichtungen der Außenwelt Sand in die Augen streuen soll; die Förderung der gelben Gewerkschaften, die man als Unternehmerschutztruppe zu bewerten hat; machen das Maß der Arbeiterfreundlichkeit der Großkapitalisten und ihrer Handlanger voll. Die Regierung werde immer mehr vom Großkapitalismus abhängig. „Der Zentralverband deutscher Industrieller bezahlt dem Fürsten Bülow die Wahlen.“ Mollenbuhr geht dann auf den Stand der Sozialpolitik unter dem derzeitigen Reichskanzler ein und erörtert hierauf die steigende wirtschaftliche Produktivität, welche mit einem immer intensiveren Anspannen der Arbeiter die Unfallgefahr steigern ließ. Der Redner weist darauf hin, wie schon seit 1867 die Sozialdemokratie sozialpolitische Anregungen gegeben sowie die ganze Versicherungsgesetzgebung gefordert habe. Die Regierung habe nur die früheren Forderungen der Sozialdemokratie kopiert. Über die Witwen- und Waisenversicherung sagte Mollenbuhr:

Das Zentrum agitiert ja damit, daß es gewissermaßen der Vater der Witwen- und Waisenversicherung ist. Wie verhält es sich damit? Es stehen in den letzten Jahren rund 43 Millionen jährlich für diesen Zweck zur Verfügung. Bei der Begründung seines Antrags sagte Trimborn, daß keinerlei Beiträge von den Versicherten erhoben werden sollen. Also mit 43 Millionen jährlich will man eine Witwen- und Waisenversorgung einrichten. Das ist doch die ärgste Seuchelei. Will man eine Witwen- und Waisenversorgung, dann muß man recht erhebliche Mittel zur Verfügung haben. Wir hatten am 1. Dezember 1900 unter 56 Millionen Einwohnern 2.000.413 Witwen, also auf je 1000 Einwohner 42,87 Witwen. Rechnen wir dazu die Waisen, deren Zahl man ja ungefähr aus der Unfallversicherungstafel ermitteln kann, so kommen auf je 100 Witwen 141 Waisen. Demnach gäbe es auf je 1000 Einwohner rund 101 hilflosbedürftige Personen, die zu unterstützen wären. Nach der Berufszählung von 1895 kommen auf je 1000 Einwohner 427 Erwerbstätige. Diese 427 Erwerbstätigen hätten demnach die 101 Personen zu ernähren. Will man jeder Witwe nur 100 Mk. jährlich geben, so müßte jeder Erwerbstätige einen Betrag von 24 Mk. entrichten. Rechnen wir bei den Witwen mit einer Jahresrente von 136 Mk., wie sie der Unfallrente entspricht, so hat man bereits 600 bis 700 Millionen Mark im Jahr aufzubringen, also den 15. Teil von dem, was aus den Betriebsbüßen herauskommt. Wenn also Trimborn sagt, wir wollten nicht, daß Beiträge erhoben

werden, so heißt das mit andren Worten, man will die Witwen- und Waisenversorgung nicht!

In zusammenfassender Weise geht Redner dann darauf ein, daß die Arbeiter von Nord und Süd, von Ost und West „eine große Bewegung“ zu entfalten hätten; um „nicht nur für die Industriearbeiter, sondern für die Arbeiter aller Kategorien ein einheitliches Recht zu schaffen“. In der Diskussion wurden die leitenden Gedanken Mollenbuhrs unterstützt und ergänzt, der zum Schluß ganz richtig betonte, die Arbeiter hätten ein Recht darauf, „daß ihre Gesundheit, ihr Leben geschützt wird, daß sie ein menschenwürdiges Dasein führen können, und das kann nur dadurch erlangt werden, daß man auch innerhalb der heutigen Gesellschaft in der Sozialpolitik das bewilligt, was bewilligt werden kann.“ Ganz richtig, nur möge man auch darauf bedacht sein, auch den Verhältnissen, wie sie zurzeit im Reiche liegen, diejenigen Zugeständnisse zu machen, die man im Interesse der Arbeiter machen kann.

Als zeitgemäß ist ein von Augsburg gestellter Antrag zu begrüßen, der dem s.-d. Parteivorstande „zur Erwägung“ überwiesen wurde und folgenden Wortlaut hat:

In Anbetracht der Forderung, welche wir zum Schutze der Koalitionsfreiheit bei Vergebung von staatlichen und kommunalen Aufträgen an Staat und Gemeinden stellen, stellt der sozialdemokratische Verein Augsburg den Antrag, daß Parteivorstand, Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine in Verbindung treten zwecks Regelung des Bezugs von Papier für unsere Partei- und Gewerkschaftsdruckereien, um in den Papierfabriken die volle Koalition zur Geltung zu bringen. Sollte sich mit den Papierfabriken eine solche Regelung nicht ermöglichen lassen, so möge die Frage der Eigenproduktion besprochen und entsprechende Maßnahmen dazu getroffen werden.

Wer die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse in den Papierfabriken kennt, muß zugeben, daß keine Arbeiterfähigkeit elender daran ist wie die Arbeiter in den Papierfabriken. Meist in Gegenden gelegen, wo die Arbeiterbewegung nur schwach ist, können sich die Papierherren den Arbeitern gegenüber erlauben, was ihnen beliebt. Berücksichtigt man noch außerdem den Papierring, der jeden Zeitungsbesitzer völlig abhängig von den vereinigten Papierfabriken macht, so ist es höchste Zeit, daß hier die Arbeiterzeitungen ihre wirtschaftliche Macht zur Geltung bringen. Und wollen die Herren nicht, was recht und billig ist, dann kann im Sinne des Augsburger Antrags ohne jedes geschäftliche Risiko Verfahren werden, weil auch noch andre Kreise an einer solchen, sagen wir, Arbeiterpapierfabrik interessiert wären.

Bemerkenswert ist ferner, daß der nächste s.-d. Parteitag in Leipzig abgehalten wird. Lipinski konnte nach dieser Wahl mit Recht sagen, daß die Leipziger Genossen bemüht sein werden, „Ihnen einen durchaus würdigen Empfang in Leipzig zu bereiten“. Das glauben wir aufs Wort, denn wir können aus unsrer Zeit als Parteigenosse bezüglich solcher Empfänge aus Erfahrung reden.

Damit aber zum Schluß auch die Humoristik zu ihrem Rechte kommt, wollen wir noch auf zwei Preßstimmen eingehen, die, weil maßgebend für die sozialdemokratische Partei, nicht unerwähnt bleiben sollen. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission hatte sich nämlich ebenfalls mit dem

Nürnberg Parteitage beschäftigt und im wesentlichen die Budgetfrage behandelt, dabei sich gegen die Haltung der radikalen Parteipresse wendend. Dazu bemerkt nun der „Vorwärts“:

Auf die Angriffe, die das „Korrespondenzblatt“ gegen die Haltung des „Vorwärts“ richtet, wollen wir hier nicht eingehen. Aber nicht umhin können wir, unserem Erstaunen Ausdruck zu geben über den Gleichmut, mit dem das Zentralorgan der Gewerkschaften die Möglichkeit eines Zuwiderhandelns gegen einen rechtsgültigen Parteitagsschluß behandelt. Gerade die Gewerkschaftsleiter, so sollte man meinen, müßten die Disziplin in der Arbeiterbewegung über alles stellen. Denn ohne sie können die Gewerkschaften ihre Kämpfe nicht führen. Gegen die Gewerkschaftszersplitterer haben die Gewerkschaften — und das mit vollem Rechte — die schärfsten Maßregeln von der Partei gefordert. Für Parteizersplitterer scheint das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission ein andres Maß zu haben.

Da ein siamesisches Zwillingsspaar nicht von Tisch und Bett getrennt leben kann, esot auch die „Leipziger Volkszeitung“:

Man sollte nun annehmen, daß das „Korrespondenzblatt“ mit demselben Feuer gegen den Schluß des Nürnberger Parteitags losmettern würde, der die Lokalkisten aus der Partei weist. Denn auch hier ist die Partei sehr intolerant gewesen, hat den „Frieden und die Einigkeit“ nicht im Auge behalten, und das „unverantwortliche Gebahren eines Teils der Gewerkschaftspresse“ hat alles getan, um die Empörung gegen die Gewerkschaftszersplitterer auf den Sechsten zu bringen. Welch verhängnisvolles Treiben! Aber seltsam, hiergegen hat das „Korrespondenzblatt“ nichts einzuwenden. Den Dank dafür, daß die Partei den gewerkschaftlichen Zentralverbänden die Aufrechterhaltung der Disziplin erleichtert, statet das „Korrespondenzblatt“ dadurch ab, daß es der Partei die Aufrechterhaltung der Disziplin erschwert.

Der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ als Hüter, Wähler und Mehrer der gewerkschaftlichen Disziplin, armer Ven Afrika, verhülle dein weißes Haupt, das ist wirklich noch nicht dagewesen! Mit einer Naivität, die einem Bachfische zur Fierde gereichen würde, plaudert der „Vorwärts“ davon, daß die Disziplin in der Arbeiterbewegung über alles gestellt werden müsse. Das entdecken der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ reichlich spät. Glücklicherweise haben wir nicht allzuweit ins Eingekerkerte gegen Gewerkschaftszersplitterer vor. Der f.-d. Presse verlangt. Wir haben uns immer nur darauf beschränkt, festzustellen, welche Unterstützung diese Gewerkschaftszersplitterer von einem großen Teile der f.-d. Presse jahrelang gefunden haben! Nicht weil die Lokalkisten gewerkschaftliche Zersplitterungsarbeit verrichteten, flogen sie, sondern weil die Lokalkisten der f.-d. Partei unbequem wurden. Wer hat denn Jahre hindurch den Lokalkisten die Stange gehalten, wer hat die Hamburger Afformauer Liebenarm ans Herz gedrückt, wer hat die Gafch und Genossen gehätschelt usw. usw.? Nachdem die Zentralverbände innerlich und äußerlich alle ihre gewerkschaftlichen Gegner überwunden hatten und sie auch von der f.-d. Partei nicht mehr als Prellbock gegen die „Gewerkschaftsbureautratie“ zu gebrauchen waren, ließ man die Gewerkschaftszersplitterer fallen, und jetzt will man aus der Not eine Tugend machen! Sehr interessant ist es auch, daß der „Vorwärts“ die süddeutschen Delegierten in Nürnberg jetzt als „Parteizersplitterer“ bezeichnet. Nach den bisherigen Verlautbarungen des „Vorwärts“ ist ja nach Nürnberg alles in Butter und die Erklärung der „66“ lediglich ein „taktischer Zug“, auf die Gegner berechnet! Wie man doch so leicht aus der Rolle fallen kann.

Welche Wertschätzung genos doch die gewerkschaftliche Disziplin bei der f.-d. Presse nach dem Kölner Gewerkschaftskongresse? Da war jeder Gewerkschaftsführer, der sich nicht für den Massenstreik begeisterte, mit „glänzender Borniertheit“ ausgerüstet, ein Mann mit der „Berachtung der Theorie“; der „Beamtenkongress“ war durch „hochgradigen Krämerfönn“ ausgezeichnet, man konstatierte die in Köln hervorgetretene „Gewerkschaftsverfälschung“, die „Borniertheit der Gewerkschaftsführer“, den „Großmachtsbusef“, die „Demagogie“ der „Proletarier in gehobener Lebenslage“. Auf diese Weise suchte die f.-d. Parteipresse die für die deutschen Gewerkschaften maßgebenden Beschlüsse und die daraus resultierende Disziplin zum Gau-

dium der Gewerkschaftszersplitterer herunterzuretzen. Wenn die Gewerkschaftspresse nun heute gegenüber den radikalen Tendenzen in Nürnberg ebenso verfahren wollte? Als im Juni 1905 in Leipzig die Holzarbeiter und die Metallarbeiter zwei öffentliche Versammlungen abhielten, um zum Kölner Kongresse Stellung zu nehmen, kam es dort dank einer solchen „Vorarbeit“ zu einer Entrüstung über die Kölner Kongressbeschlüsse. Frohlockend schrieb damals die „Leipziger Volkszeitung“:

„Das war kein Gewerkschaftskongress, das war ein Kongress von Gewerkschaftsbeamten!“ rief Genosse Lehmann unter starkem Beifall aus und viele Diskussionsredner kamen auf diesen Punkt wieder zurück. Dieser Protest gegen die allmählich aufkommende Gewerkschaftsbureautratie dükt uns ein sehr gutes Zeichen für den gesunden Sinn zu sein, der auch heute noch in dem überwiegenden Teile der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter herrscht. Wir können mit dem Verlaufe der gestrigen Versammlung zufrieden sein, wie mit der Stimmung, die in der Metallarbeiterversammlung zum Ausdruck kam.

Das nennt die „A. W.“ heute „den Zentralverbänden die Aufrechterhaltung der Disziplin erleichtern“! Der Direktor der „Vorwärts“-Druckerei, Richard Fischer, dem die Stellungnahme der Gewerkschaften in der Maifeierfrage nicht paßte, erklärte in Jena provokatorisch: „Aufgabe der Partei muß es sein, die Gewerkschafts-genossen, die bereits gegen diese Auffassung in den eignen Reihen Protest erhoben haben, von unserer Seite zu unterstützen.“ Derselbe Fischer forderte weiter, „daß der Entwicklung in dieser Richtung ein Riegel vorgeschoben werden muß“, und: „die Gewerkschaften müssen sich in dieser Frage vollständig der Partei anschließen.“ Demgegenüber schrieb damals ein linksstehendes Gewerkschaftsblatt: „Seute den Gewerkschaften eine vom politischen Parteistandpunkte diktierte Taktik aufzurichten, hiesie nicht etwa die Partei aus dem politischen Sumpfe heraus-, sondern die Gewerkschaften in den politischen Sumpfhineinziehen.“

So hat man den Gewerkschaften die Aufrechterhaltung der Disziplin erleichtert, indem man direkt zum Disziplinbruch aufforderte und ihn mit allen Mitteln propagierte. Man verschone uns gefälligst mit der Phrase, daß die f.-d. Parteipresse jederzeit für die Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Disziplin eingetreten wäre. Das Gegenteil ist wahr. Wir Buchdrucker brauchen bloß an das Jahr 1896 und an das Jahr 1906 erinnern, mit welcher Boshaftigkeit gerade das Zentralorgan der f.-d. Partei der Leitung des Buchdruckerverbandes die Durchsetzung statutarischer Beschlüsse unumgänglich zu machen suchte. Hände wüßte man darüber schreiben, und dabei wären immer nur Tatsachen registriert und noch nicht einmal die Tendenz gekennzeichnet, wie der „Vorwärts“ gegen uns gewiltet hat. Heute aber will man es nicht gewesen sein und erklärt „mit vollem Rechte“ die schärfsten Maßregeln gegen die Gewerkschaftszersplitterer als ein gutes Recht der Gewerkschaften. Ach, was haben doch die Herren für ein kurzes Gedärn — aber der Stein ist im Rollen und das hilflose Geschrei des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ ist eine Genugtuung für uns und ein erfreuliches Anzeichen für den Zusammenbruch wankender Säulen in den radikalen Westem Herkulanum und Pompeji!

Zur Monotypetarifizierung.

Mit üblichem Eifer finden wir in fast jeder Nummer des „Korr.“ Zeichen der tätigen Mitarbeit der Kollegen auf den verschiedensten Gebieten sowohl unseres speziellen Berufs wie auch des praktischen Lebens durch Artikel u. dgl. Einen Anlaß zu solcher Betätigung dürfte wohl auch die bevorstehende Tarifizierung der Monotypsetzmaschine für die speziell dafür interessierten Kollegen abgeben. Zu bemerken ist hierzu, daß in weiten Kreisen der Kollegen, und in gewissem Grade auch noch bei manchen Kollegen unter den Maschinensetzer anderer Systeme, noch eine sehr weitgehende Unkenntnis über die Monotype herrscht, wenn auch in den Spartenvereinen und anderwärts alle erwünschten Aufklärungen gegeben werden. Es ist dies bei dieser Maschine zum größten Teil auch durch ihre von den anderen Systemen bedeutend abweichende Eigenart bedingt.

Viel vorhanden ist die Ansicht: bei der Tarifizierung einer neuen Setzmaschine genüge es, einfach eine Stundenleistung für einfache, aufschlaglose Arbeiten und den entsprechenden Sehtausendpreis in den jetzigen Setzmaschinentarif einzufügen — und das große Kulturwort sei fertig!

Eine solche Handhabung ist aber für die Monotype allein nicht angebracht, ja, würde in vielen Fällen noch mehr zu Unzutraglichkeiten führen als das vollständige Festsetzen an grundlegenden Bewertungsziffern. Durch das Geben von Einzelbuchstaben und die Berechnungsmöglichkeit der verschiedensten Stärkeverhältnisse wird diese Maschine doch hauptsächlich zu schwierigeren Arbeiten verwendet. Ja, man kann sagen: fast ausschließlich! Wissenschaftliche Werte mit vier und noch mehr Schriften, zugleich auf der Maschine untergebracht, ohne die hineingekorrigierten Zeichen und Buchstaben allermöglichstert Art sind doch heute keine Seltenheit. Weiter die verschiedenartigsten Tabellen vom kleinsten bis zum größten Umfange, zur nachträglichen Einfügung von Linien u. dgl. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß gleich den meisten andren Arbeiten, welche dieser Maschine als „Futter“ überantwortet werden, wohl der größte Teil deswegen auf die Maschine gelangt, weil die Linie bei ihnen gar zu anormale Wege einschlägt — wenn es nur gesagt ist, daß andre wird mit der Hand korrigiert (unbeschadet der Verpflichtung des Setzers, so wenig Korrektur wie möglich zu verursachen).

Aus diesen wenigen Gründen schon allein folgert wohl deutlich, daß bei einer Tarifizierung dieser Maschine mit der Festsetzung der glatten Stundenleistung es nicht abgetan ist, da dieselbe in den wenigsten Fällen allein zur Anwendung kommen dürfte, sondern auch die hauptsächlichsten Einzelfälle mit berücksichtigt werden müssen, ähnlich dem Handsetzertarife. Nur ist dabei nicht zu übersehen, daß von dem Maschinensetzer eine drei- bis viermal schnellere Verarbeitung des Manuscripts verlangt wird als vom Handsetzer, und was dies bei so mancher Autorenhandchrift zu besagen hat, wird mir wohl jeder wissenschaftliche Handsetzer bestätigen. Doch dazu, wo bei dem Maschinensetzer hinzukommt, daß er den Gang der Maschine bis auf das kleinste beobachten muß. Das geringste abweichende Geräusch zeugt schon jedenfalls von irgend einer Kleinern und größeren Unebenheit im Gange derselben, was in Anbetracht der Verwendung von Druckluft ja auch leicht erklärlich ist. Solche kleine Unebenheiten, wenn sie nicht sofort bemerkt werden, können aber zu ganz ansehnlichen Störungen Veranlassung geben, da ja mit dem eigentlichen „Setzen“ der „Satz“ noch nicht fertig ist, sondern dazu noch eine andre Maschine, die Diebstahlmaschine, in Anspruch genommen wird. Diese verlangt aber, da sie zur Hervorbringung der vom Setzer gewünschten Arbeit ebenfalls nur von Druckluft dirigiert wird, auch einen ganz genauen „Wunschzetteln“ — eine akkurate Lösung des Papierstreifens.

Dies nur einige von den Anforderungen, welche auch bei diesem System an den Setzer gestellt werden.

Im übrigen dürfte es wohl eine allgemeine Erfahrung in der Maschinentechnik auf allen Gebieten sein, daß die meisten fortschreitenden Vervollkommnungen der maschinellen Einrichtungen wenn auch oft eine Verminderung der körperlichen Anstrengungen dafür aber um so größere geistige Anforderungen mit sich bringen, wenn sie dem Benutzer die erwünschte Ausnutzung verwirklichen sollen. Und daß die Monotype als neueres System gegen die früheren auch wieder einen Fortschritt in der Setzmaschinentechnik (natürlich bei sachgemäßer Behandlung) bedeutet, braucht wohl heute nicht mehr ergra hervorgehoben zu werden, wenn auch in der ersten Zeit darüber Zweifel herrschten, ebenso wie die Arbeit an derselben nicht mit Beschäftigung für „bequeme Herren“ verglichen werden kann.

Da vorstehende Ausführungen nur eine Anregung zu weiterer Betätigung auch anderer Kollegen sein sollen, so möge für diesmal obiges genügen. Ein weiteres Eingehen beruhen, daran gleichfalls beteiligter Kollegen wäre sehr erwünscht, um auch der Allgemeinheit der Kollegen ein verständnisvolleres Eingehen auf die Behandlung dieser Angelegenheit zu ermöglichen, da die Monotype ja mehr als die andren Systeme in der Praxis, bei Behandlung des auf ihr hergestellten Satzes, auch bei den Handsetzern auf ein verständiges Handinhandarbeiten angewiesen ist.

Die Graphiker Bremens im Licht einer Postkartenausstellung.

Bemüht, den Bremer Kollegen neue Nahrung zur Belehrung technischen Sinns vorzusetzen, hatte der Typographische Klub die Ansichtspostkartenausstellung von der Leipziger Typographischen Vereinigung für die Zeit vom 16. bis 31. August gewonnen. Der „gehaltvolle“ Voranschlag mit 550 Mk. Unkosten wurde beim Beschlusse mit etwas Mißtrauen begegnet. Doch Idealismus kennt keine Schranken, macht aber auch blind, wie wir's leider erfahren mußten. Gute Vorsätze waren es, eine derartige Veranstaltung zu entwerfen, doch die Erkenntnis des Graphikers, eine gute Sache unterfertigen zu müssen, blieb aus. Ein steiniger Boden, den zu beackern sich der Typographische Klub vorgenommen hat.

Es lag die Ansicht vor, Verörden und vor allem die Prinzipale der graphischen Berufe auf unsere Sache aufmerksam zu machen, diese daran zu erinnern, daß die Gehilfenchaft für ihren Beruf noch etwas übrig hat und auch gleichzeitig die Prinzipale aufzumuntern, auf technischem Gebiete gemeinsam mit den Gehilfen für unser

Beruf tätig zu sein, was ja auch eine logische Folge nach dem abgedrosselten Tarif und dem Organisationsvertrag ist, um so mehr, da ja doch immer geflagt wird, daß die Leistungen der Gehilfen auf einem ziemlich niedrigen Niveau ständen. Der Tag der Eröffnung kam. Die Teilnahme der Eingeladenen war so minimal, daß Kollege Müller, der über die Bedeutung der Postkarte und dieser Ausstellung ein kleines Referat hielt, erst eine halbe Stunde nach angelegter Zeit beginnen konnte.

Die eingeladenen Behörden wählten unsere Sache sehr viel Aufmerksamkeit und hatten der Einladung zum Teil Folge geleistet, während im Verhinderungsfall Entschuldigungsschreiben gesandt wurden. Die Prinzipale hatten zwar keine Entschuldigungsschreiben gesandt, waren aber auch nicht erschienen. Doch, zwei Buchdruckerprinzipale konnten wir begrüßen, wovon der eine sogar den Gehilfen sehr nahe steht, die Steinbruderprinzipale waren überhaupt nicht vertreten. Es muß erwähnt werden, daß der Vorstand des Prinzipalsvereins, an dem unsere Einladung ergangen war, seine Mitglieder per Zirkular zum Besuche der Ausstellung aufgefordert hat, um so vernünftiger ist das passive Verhalten auf dieser Seite. Die Korporationen der Gehilfen im Buch- wie im Steinbruderberuf beteiligten sich bis auf kleine Ausnahmen an der Eröffnungsfeier.

Gewissenhaft wurde über den allgemeinen Besuch eine Statistik geführt, die ein interessantes Bild von dem Interesse der Kollegen an ihrer eignen Sache ergab. In den 16 Tagen wurde die Ausstellung im ganzen von 1361 Personen besucht, davon durch Vorverkauf 106, Freitritter 62, außerdem von 87 Mitgliedern des Klubs. Von den 106 Vorverkaufskarten waren 8 in Vorverkaufsstellen verkauft, während der Rest zum billigen Preis als Korporationsbillets ausgegeben wurde. Hiervon bezogen die Gehilfen der Lithographen und Steinbrucker allein 52, eine Schneiderakademie 15 Karten, so daß noch 31 auf die eignen Kollegen kommen. Ohne die Kollegen, die noch Interesse an unserer Sache haben, zu verlesen, soll hervorgehoben werden, daß etwa 20 Karten zum vollen Preise von diesen gelöst wurden. Die konditionslosen Kollegen, denen freier Eintritt gewährt wurde, hatten, bis auf Ausnahmen, keine Zeit, in ihrem eignen Interesse die Ausstellung zu besuchen. Auch die Mitglieder des Klubs hatten freien Eintritt. Von 100 Mitgliedern besuchten die Ausstellung 87, davon waren verschiedene Kollegen mehrmals anwesend. Vollständig erschienen waren die graphischen Klassen der Fortbildungsschulen, denen freier Eintritt gewährt wurde. Um die angegebenen Zahlen richtig würdigen zu können, sei bemerkt, daß Bremen über 30 tariffreie Druckereien mit über 400 Verbandskollegen hat.

Diese Zahlen zeigen ein Bild größter Interesslosigkeit, das sich leider auch auf das organisatorische Gebiet überträgt. Irgendwie sind die Kollegen zu finden, nur nicht da, wo sie sein sollen. Möge dieses Spiegelbild die besten Einsicht veranlassen geben, aber auch anderen Orten, wo es so oder ähnlich ist, mögen diese Zeilen eine Verwarnung sein.

Korrespondenzen.

Berlin. In Nr. 113 des „Korr.“ beliebt es der Vießer Schwab in Offenbach, über meine Äußerung in der Berliner Schriftgießerverammlung in unqualifizierter Form herzugreifen. Was unser Schriftführer in diesem Versammlungsberichte gebracht, entspricht nicht nur meiner Ansicht, sondern der der gesamten Berliner Kollegenschaft. Schwab verweist mich auf die Bezirksversammlung in Offenbach, die am 19. September d. J. abgehalten wurde; unsere Berliner Schriftgießerverammlung tagte bereits am 7. September, mithin konnte ich von der ersten nichts wissen. Es ist wirklich ein starkes Stück vom Vießer Schwab, sich im „Korr.“ als unschuldigem Lamm zu präsentieren, nachdem er verschiedentlich vom Offenbacher Schriftgießerverein wegen seiner wilden Agitation getenngelacht ist. Wenn er glaubt, ich hätte mich genauer orientieren müssen, so bin ich wohl oder übel gezwungen, einige Zitate anzuführen: Auf dem vorjährigen Schriftgießerkongress in Leipzig erklärten die Offenbacher Delegierten, daß ihnen innerhalb der Gewerkschaft von Seiten des Kollegen Schwab außerordentliche Schwierigkeiten bereitet würden, daß bereits sechs Kollegen aus dem Verein ausgetreten wären, worauf unser Kollege Verhahn an selber Stelle erklärte: „Zu bedauern ist, daß ein organisierter Kollege, der das Vertrauen der Offenbacher Kollegen als Vorsitzender gehabt hat, sich derartiger Handlungen schuldig macht. Das ist derselbe Herr Schwab, der gegen mich die Kollegen aufgestachelt hat, nachdem ich von Offenbach zurückgekehrt war.“ (Kollege Verhahn war zur Schlichtung der ausgebrochenen Differenzen anlässlich der vorletzten Tarifbewegung nach Frankfurt-Offenbach berufen.) Nach dieser Abfertigung mußte man annehmen, daß sich der Vießer Schwab zurückziehen würde, aber weit gefehlt. Nr. 79 des „Korr.“ vom 11. Juli d. J. berichtet uns aus Offenbach: „Alle Redner waren sich darin einig, wer die Schuld an dem schlechten Besuche trage, fehlten doch die Kollegen der Altgenossenschaft geschlossen. Die Versammlung glaubt nicht erteilt zu gehen, wenn sie den früheren Vorsitzenden A. Schwab dafür verantwortlichs macht, dessen Willkür hier nur zu bekannt sind. Bei der vor kurzem beendigten Lohnbewegung gehörte auch Schwab der Tarifkommission an, aber in keiner Sitzung ließ er sich sehen, und dabei ist dieser Kollege noch Verbandsfunktionär.“ In Nr. 105 des „Korr.“ vom 10. September d. J. ist in dem Offenbacher Versammlungsberichte zu lesen: „Weim Punkte

Neuwahl des Vorstandes“ motivierte der Vorsitzende den Rücktritt des Vorstandes. Bedinglich die beispiellose Heße von gewisser Seite habe den Gesamtvorstand veranlaßt, die Absicht kund zu geben, seine Ämter in die Hände der Mitglieder zurückzugeben.“ Es gehörte wirklich eine grenzenlose Unverfrorenheit dazu, nach diesen Brandmarkungen noch an die Öffentlichkeit zu treten. Mir liegt es vollständig fern, die Offenbacher Kollegen zu bevorzugen, wenn aber Schwab glaubt, eine Parallele ziehen zu müssen zwischen den Offenbacher Kollegen und den Berliner Schriftgießerkollegen, so kann ich ihm nur das eine verraten: falls er hier am Orte tätig wäre und derartig unausgesetzte Quartierbereiche wie in Offenbach ausübt, die nicht nur für den Ortsverein, sondern für die gesamten deutschen Schriftgießer schädigend wirken, er schon längst zu den Unmöglichen gehörte. S. Dijon.

A. L. Berlin. (Maschinenmeister.) Mit der Neuwahl der Zentralkommission beschäftigte sich die Versammlung vom 22. September. Da es unmöglich war, die Kommission neu zu besetzen, wird der Vorstand des Berliner Vereins die Geschäfte bis auf weiteres führen. Die Eröffnung unserer bedeutend verbesserten Fachschule findet am 18. Oktober statt.

Bonn. Am 26. September hatten wir das Vergnügen, unsern neuwählten Gauvorsteher Albrecht in unser Mitte zu sehen. Er hielt einen Vortrag über das Thema: „Gewerkschaftliche Tätigkeit und Erziehungsarbeit.“ Die Versammlung spendete den über einfüßigen, überaus klaren und fließenden Ausführungen lebhaften Beifall und wünschte Kollegen Albrecht recht bald wiederzusehen. Leider ließ der Besuch für eine solche Gelegenheit noch zu wünschen übrig. Um den neuen Gauvorsteher kennen zu lernen, hätte doch wohl jeder erscheinen dürfen.

Dortmund. In der letzten Ortsvereinsversammlung am 26. September kam der Vorsitzende Schippers auf eine Rundschau notiz in Nr. 111 des „Korr.“ zu sprechen. In dieser Notiz ist die Rede von einem Gebicht, unterzeichnet D. H., in der letzten Johannistagsfeier des Ortsvereins Dortmund. Der tatsächliche Verfasser dieses Festgebichts sei jedoch der Kollege Heinrich Schneider. Redner schloß sich der in der betreffenden Notiz zum Ausdruck gebrachten Entrüstung voll und ganz an, um so mehr, als er (Schippers) den Kollegen H. bei Überreichung des Manuskripts ausdrücklich gefragt habe, ob er auch wirklich der alleinige Verfasser sei, was H. bejaht hat. Daraus gehe hervor, daß der Vorstand resp. die Festkommission an diesem bedauerlichen Vorkommnisse völlig schuldlos sind. Es hat jedoch allgemein peinlich berührt, daß der Einsender der betreffenden Rundschau notiz es nicht unterlassen konnte, zweimal den Namen des Jubilars, welchem das Gebicht gewidmet war, zu nennen. Das hätte in Anbetracht dieser peinlichen Sache doch wohl unterbleiben können. (Aus der ganzen Fassung der Notiz war wohl zu ersehen, daß es sich um ein Gebicht ohne Einsendungsname handelt. Wie der Inhalt der „Rundschau“ mit ganz verbindlichen Umständen vertritt, ist der Redaktion ist, so auch in diesem Falle, zu dem uns nur die Tatsache mitgeteilt wurde. Ein eventueller Vorwurf richtet sich also gegen die Redaktion. Wir konnten aber beim besten Willen nicht voraussehen, daß die Namensnennung der an der Sache ja völlig unbeteiligten Jubilare peinlich berühren würde. Es geschah doch nur, um die Affäre in aller Deutlichkeit zu kennzeichnen. Daß der Dortmunder Vorstand in der Beurteilung der Handlungsweise von H. mit uns übereinstimmt, freut uns. Hoffentlich läßt man sich überall den Fall zur Warnung dienen. Redaktion.) Der Kollege H. Schnabel, jetzt in Iserlohn in Kondition, wurde wegen Resten und weil er einen größeren Vorstoß vom Ortsvereine Dortmund nicht zurückzahlte, ausgeschlossen.

Hannover. (Maschinenmeisterverein.) Da wir nicht über jede Versammlung im „Korr.“ berichten, sei es gestattet, einen kurzen Bericht über die Vereinsaktivität im verflohenen Halbjahre zu geben. Ein im Januar begonnener Farbenmischkursus konnte erst, trotzdem jeden Sonntag drei Unterrichtsstunden gegeben wurden, im Mai beendet werden. Fleiß und regelmäßiger Besuch seitens der Lernenden sowie die erzielten Resultate waren nur zu loben, und wurde zum Schluß des Kurses dem verdienten Leiter desselben, Kollegen Fr. Wiffel, als Anerkennung für seine selbstlose Tätigkeit ein Barometer überreicht. Die benötigten Farben wurden uns seitens der Firma Gebr. Jänede & Fr. Schneemann zur Verfügung gestellt. Auf dem hannoverschen Gantage war diesmal auch eine größere Anzahl Drucker als Delegierte vertreten, auch wurden die Kollegen E. Wöhme und H. Gaal in den Gauvorstand gewählt, wie überhaupt hierorts eine regere Beteiligung seitens der Drucker an den Veranstaltungen des Verbandes zu konstatieren ist. Das Bruchwerk „Die graphischen Künste“ von Gödel wurde uns von Kollegen Herrn. Gummert anlässlich seines 50jährigen Buchdruckerjubiläums verehrt. Dem Jubililar und Mitbegründer unsers Vereins unsern herzlichsten Dank. Mit dem Resultate der Generalversammlung beschäftigten wir uns in mehreren Versammlungen, und wurde der Zentralkommission der Dank und das volle Vertrauen der hannoverschen Kollegen ausgesprochen mit der Bitte, ihr Amt auch ferner beizubehalten. Am 16. August hatten wir die Freude, Kollegen aus Kassel, Allendorf, Braunshweig und Hildesheim begrüßen zu können, die hier die Farbenfabrik von Gebr. Jänede & Fr. Schneemann besichtigen wollten. Die Besichtigung, an der sich auch unsere Mitglieder beteiligten, bot, trotzdem die Fabrik nicht im Betriebe war, viel des Interessanten. Ein Experimentalvortrag des Herrn Chemikers Dr. Klamroth über die Herstellung der schwarzen und bunten Farben fand bei den etwa 350 Teilnehmern un-

geteilten Beifall. Hervorheben wollen wir noch, daß der Vortrag unter freiem Himmel, auf dem Hofe der Fabrik stattfand. Zum Schluß wurde noch die ganze Teilnehmermasse fotografiert und seitens der Firma jedem Verein ein Bild zum Andenken überreicht. Der Firma wie den Führern, speziell Herrn Dr. Klamroth, sagen wir auch an dieser Stelle unsern besten Dank. Das „Technische“ wird wie gewohnt besonders gepflegt und finden in jeder Versammlung ein oder mehrere Vorträge aus der Praxis statt, auch sind für das Winterhalbjahr wiederum Kurse, Vorträge und Besichtigungen geplant. Für die auswärtigen Mitglieder wird ein Exemplar fast sämtlicher Fachzeitschriften abonniert und durch Mund-zu-Mund-Verbreitung zugesandt. Der Geschäftsgang war als ein sauer zu bezeichnen, es sind augenblicklich noch zwölf Maschinenmeister arbeitslos.

K. Söfft. A. M. In der im September in Königstein im „Frankfurter Hof“ abgehaltenen Monatsversammlung unsers Ortsvereins berichtete Kollege Benkiser über den am 29. und 30. August in Frankfurt a. M. abgehaltenen Gantage, woran sich eine kurze Diskussion angeschlossen. Sodann bewilligte die Versammlung auf Antrag des Kollegen Post 10 Mk. aus der Ortsvereinskasse, welche als Grundstock dienen sollen für eine zu gründende Diatumskasse für ausgesteuerte und nichtbezugsberechtigte Mitglieder des Verbandes. In anerkennenswerter Weise haben zwei Königsteiner Kollegen aus ihren eignen Mitteln 3,50 Mk. diesem Fonds beigegeben. Mit der Auszahlung soll indessen erst begonnen werden, wenn die Kasse auf 25 Mk. genachien ist. Nachdem noch unter „Verschiedenes“ einige interne Angelegenheiten erörtert wurde, die Versammlung von unserm Vorsitzenden E. Großmann geschlossen. Am Nachmittag unternahmen die Mitglieder einen Familienausflug nach dem herrlich gelegenen „Fuchstanz“ im Taunus, woselbst man bei Kaffee, Kuchen und Bier noch einige Stunden in fröhlicher Stimmung beizumischen ließ.

Kiel. Trotz wichtiger und interessanter Tagesordnung war unsre Mitgliederversammlung am 20. September nicht so besucht, wie es notwendig gewesen und wie man es nach der betätigten schriftlichen und mündlichen Agitation hätte erwarten dürfen. Ungefähr 100 von unsren 250 Mitgliedern waren an jenem Sonntag morgen durch anderweitige Vorhaben — nicht verhindert, zur Versammlung zu erscheinen. Für die Erschienenen aber lohnte es sich der Mühe. Unter „Mitteilungen“ rügte der Vorsitzende, daß die Kollegen der Firma S. Handorf in der Vertrauensmännerziehung am 13. nicht vertreten waren; dies sei um so bedauerlicher, als gerade in diesem Betriebe die Verhältnisse nicht danach angetan seien, um sich vor solchen wichtigen internen Auseinandersetzungen zurückzuziehen. Im ganzen konnte in der betreffenden Vertrauensmännerziehung festgestellt werden, daß die Interessen der Arbeiter und der Rechte kommt und das Arbeitsverhältnis der Kollegen was erträglich bezeichnet werden könne. Zweck Neuregelung der Unterstützungssätze der örtlichen Fuchstanz ab 1. Januar findet am 18. Oktober laut Beschluß der erweiterten Vorstandssitzung nunmehr eine außerordentliche Generalversammlung statt. Die vom Vorstande vorgelegten Anträge in dieser Hinsicht fanden die Zustimmung der Vertrauensmänner. Der Bericht vom Gewerkschaftsstatell zeitigte, wie schon häufig, eine Debatte über das Schmeuzensind „Gewerkschaftshaus“. Auf ergangene Einladung der hiesigen Mitgliedschaft referierte alsdann der Vorsitzende der Hamburger Typographischen Gesellschaft, Erenner, über: „Weien und Zweck der typographischen Gesellschaften“. In seinem knapp gehaltenen Vortrage verstand es der Redner, die Notwendigkeit technischer Fortbildung darzutun und wurde auch der Zweck, für Kiel eine technische Vereinigung zu errichten, erreicht. Für die seitens der Hamburger Typographischen Gesellschaft zur Verfügung gestellten erlässlichen Ausstellungsarbeiten sei besonders gedankt. Als Vorsitzender der neugegründeten Typographischen Gesellschaft Kiel wurde Kollege Fr. H. H. gewählt. Besonders Interesse für die neue Gründung zeigte der Direktor und Lehrer der hiesigen Gewerkschule, die mit ihren Schülern der Ausstellung einen Besuch abstatteten. Voraussichtlich können die Übungen im Gebäude der Gewerkschule abgehalten werden. Wie anderwärts, so müssen auch in Kiel die leitenden Personen immer wieder die Erfahrung machen, daß von auswärts engagierte Kollegen es ständig unterlassen, vor Annahme einer Position die vorgeschriebenen Erkundigungen einzuziehen. Der Vorstand beschloß daher, für die Zukunft in solchen Fällen energisch vorzugehen.

Röslin. Für den verunglückten Kollegen Schirmacher (Stolz) sind folgende Gelder eingegangen: Brenzlau 4 Mk., Mügenwalde 5, Brandenburg 4,45, Eberswalde 11,50, Neufestitz 3, Stargard 6, Frankfurt 30, Nistrin 14, Landsberg a. W. 13,15, Stettin 30, Neubrand 29,70, Neurrupin 10, Bernau 9,90, Guben 7,10, Neubabelsberg 22,80, Straßund 1,50, Anklam 10, Greifswald 20, Trebbin 31,20, Spandau 10, Ziesar 3, Köpenick 13,25, Kolberg 4, Stolp 8,50, Röslin 17,50, Sorau 7,45, Lübben 4 Mk. Sagen hiermit allen, die ihr Herzlein beigegeben haben, unsern herzlichsten Dank.

Der Vorstand des Bezirks Röslin.
Landsberg. A. Wartje. In Anbetracht der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung der letzten Ortsvereinsversammlung hatten es an zehn Kollegen bei unserm geringen Mitgliederbestand, für nötig befunden, wieder einmal die Versammlung zu schwächen. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung: „Befprechung des Umsiedelens des Gauvorstandes betreffend Teilung des Gaus“, löste eine rege Debatte aus. Nachdem der

Vorsitzende Schmelzer hierzu noch Bericht über die Vertrauensmännerversammlung des Bezirks Frankfurt a. O. erstattet, wurde einstimmig ein Antrag angenommen, dahingehend: „Die Regelung der Neueinteilung des Obergauzes einem außerordentlichen Gantage zu überlassen und vorangehend eine Bezirksvorsteherkonferenz abzuhalten.“ Zu dem am 18. Oktober in Neudamm stattfindenden Bezirkstage bewilligte die Versammlung sodann jedem teilnehmenden Kollegen 1 Mk. für Mittagstisch und für die sich am Vorabend am Stiftungsfeste des dortigen Ortsvereins beteiligenden Mitglieder 1,50 Mk. Extratunterstützung. Von dem unter „Verschiedenes“ gegebenen Kartellberichte sei noch erwähnt, daß, um das Bildungsbedürfnis unter den Gewerkschaftlern zu heben, Unterrichtskurse eingerichtet werden sollen. Nach Erledigung einer internen Angelegenheit wurde die Versammlung so dann geschlossen.

Leipzig. (Gaumitgliederversammlung vom 18. September.) Unter „Vereinsmitteilungen“ berichtete der Vorsitzende, daß im letzten Vierteljahre 57 Kollegen in die Organisation aufgenommen wurden, während vier Mitglieder ihren Austritt erklärten. Überschreitungen der Bezahlungskala mußten bei 13 Firmen festgestellt werden. Einestheils gelang es, die Entlastung der überzähligen Bezahlung durchzusetzen, andernteils mußten sich die in Betracht kommenden Firmen verpflichten, nächstes Jahr so viel Bezahlung weniger einzuzahlen, als sie dieses Jahr über die Stala beschäftigten. Wiederum hatte sich das Tarifschiedsgericht mit der Firma Hirschfeld in mehreren Fällen zu beschäftigen. Die Firma versuchte einen neuen Abrechnungsmodus für Berechner einzuführen, indem sie anordnete, daß die berechnenden Seher täglich abrechnen sollten. Von dem Schiedsgerichte mußte sich die Firma erst belehren lassen, daß der Tarif nur ein wöchentliches Abrechnen vorsieht. In einem andern Falle wollte sich die Firma — wie schon früher — einem rechtskräftigen Urteile des Schiedsgerichts nicht beugen. Erst nachdem die Firma Hirschfeld Gefahr lief, aus dem Tarifverzeichnisse gestrichen zu werden, gelangte der Kläger in Besitz des ausgelegten Vertrags von 50 Mk. Auch die Weltfirma J. J. Weber wollte unter keinen Umständen die ausliegende Forderung eines bei ihr beschäftigten Gehilfen zur Auszahlung bringen. Durch das eigentümliche Verhalten der Firma bemächtigte sich des Personals eine derartige Erregung, daß es beinahe zu einem ersten Konflikt gekommen wäre. Durch Vermittlung des Schiedsgerichts kam noch in letzter Minute eine Verständigung zustande; der Gehilfe erhielt sein Geld, mußte aber bald darauf wegen „Arbeitsmangel“ die Stätte seines Wirkens verlassen. In zwei großen Firmen sollte das Kassieren der Verbandsbeiträge und das Kopportieren von Zeitungen (worunter das Austeilen des Verbands- und Tariforgans zu verstehen ist) nicht mehr stattfinden. Auf Vorkostigwerden der Vertrauenspersonen wurde in beiden Fällen das Verbot rückgängig gemacht. Betreffs Festsitzung der Heimarbeit stöße der Gauvorstand bei einem Teile der Korrektoren auf den größten Widerstand. Es herrschen hier bei einzelnen Kollegen über die Aufgaben einer Gewerkschaft noch ganz eigentümliche Auffassungen, was seinen Grund wohl darin zu suchen habe, daß der Korrektorenberuf häufig von Nichtbuchdruckern ausgeübt werde, denen es außerordentlich schwer falle, sich den Anforderungen der Organisation anzupassen. Einige der gefestigten Austritte fänden hierin ihre Ursache, darum sei bei Aufnahme solcher Nichtbuchdrucker einige Vorsicht geboten. In Sachen des Überstundenwesens habe eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Gehilfenvertreter, den Schiedsrichtern, den Vertretern der Drucker und Maschinenseher stattgefunden. Leider sei ein Teil der Kollegen bei Leistung von Überstunden allzu willfährig, ja, man könne öfter die Worte hören: „Laut Tarif können Überstunden nicht verweigert werden.“ Dies sei doch ein sehr falscher Standpunkt. Die tägliche Arbeitszeit sei eine neunstündige und sollten doch Überstunden die Ausnahme und nicht die Regel bilden. Deshalb sei es nötig, daß die betreffenden Gehilfen vorstellig werden, sobald das Maß des Zulässigen überschritten würde; sei dies erfolglos, müsse in energischer Weise für Abhilfe gesorgt werden. In erschreckendem Maße haben sich in letzter Zeit die Unfälle in den hiesigen Maschinenfabriken vermehrt. Man werde nicht fehlgelassen, dies zum Teil auf die zu lange Arbeitszeit, herbeigeführt durch Überstunden, und zum Teil auf das in den modernen Druckhäusern herrschende Antreiber-system zurückzuführen. Innerhalb zehn Monaten seien nicht weniger als vier Kollegen derart verunglückt, daß ihnen der rechte Arm vollständig amputiert werden mußte. Für einen Kollegen machen sich die Folgen dieses bedauerlichen Unfalls insofern schwer fühlbar, als der Verunglückte seinerzeit der Organisation Valet sagte, weil der Gauvorstand in energischer Weise gegen die übermäßigen Überstunden vorgehe. Der betreffende Kollege wollte sich eben keine „Vorklappen“ machen lassen. Jetzt sei er nur auf die Unfallrente und das Gnadenbrot seines Arbeitgeber angewiesen. Eine zweifelhafteste Freude bereitete die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ihrem Buchdruckpersonal, indem sie die bisher gewährten Ferien in bedeutendem Maße reduzierten, so daß die Hälfte des Personals um den Genuß der Ferien kam. In der Theorie, und namentlich für andre Betriebe, treten die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ für die Fürsorge der Arbeiter ein, wie aus folgender Notiz hervorgehe, die just zu derselben Zeit in den „Nachrichten“ stand, als die Nachrichtenredaktion der Hälfte des Personals die Ferien entzog. Die Notiz lautet: „Eine höchst segensreich wirkende Einrichtung die eifrige Nachschonung verdient, hat die bekannte Leipziger Firma Jakob Krug, Ecke Johannisplatz und Querstraße, getroffen: Sie gewährt nicht nur

ihren sämtlichen Angestellten Sommerurlaub, sondern hat auch ein Grundstück in Bad Harzburg gemietet und als Erholungsheim eingerichtet, in dem die Angestellten Unterkunft finden. Aufenthalt und Verpflegung ist für die Angestellten völlig kostenlos... ein sehr erfreuliches Beispiel praktischer sozialer Arbeit.“ So sieht das soziale Verständnis der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ in der Theorie aus. Als Kuriosum erwähnte der Vorsitzende zum Schluß noch die beabsichtigte Streiftrecherentwurmung der Firma Karl Krause, die schon die gebührende Würdigung durch den „Korr.“ erfahren hat. Nachdem Kollege Demme in seiner Eigenschaft als Obmann des Krankenkontrollwesens den Bericht über das vergangene Geschäftsjahr gegeben, hielt der Ehrenlog A. Schreiber einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Gehirn- und Kopfbildung in ihren Beziehungen zu Charakter und Talent“.

Leipzig. Eigenartige Auffassungen über die Tariftrennung seiner Mitglieder scheint der Vorsitzende des Gutenberghundes, Ortsverein Leipzig, zu haben. Der Gehilfenvertreter für den Kreis Sachsen erhielt folgendes Schreiben:

Leipzig, den 24. September 1908.

Herrn Adolf Vogelnitz,
Gehilfenvertreter des Kreises VII.

Hier.
Unterschiedener erlaubt sich hiermit folgendes mitzuteilen: Bei der Firma Schmidt & Baumann (Reudnitz, Kuchengartenstraße) steht unser Mitglied Karl Müller, Seher, wohnhaft Grenzstraße 5, p. Am Montagmittag hatte ich eine Unterredung mit dem betreffenden Prinzipale zwecks Anerkennung des deutschen Buchdruckerarbeits. Die Erklärung war keine definitive. Ich sollte Bescheid erhalten. Als ich gestern noch nicht einen Bescheid erhielt, forderte ich Herrn Schmidt nochmals auf, mir bis spätestens heute Mittag Bescheid, entweder schriftliche Anerkennung oder nein, zukommen zu lassen, andernfalls ich die Antwort als ablehnend betrachten müßte. Ich teile Ihnen nun hierdurch mit, daß obenbenanntes Mitglied von mir die Anweisung erhält, nächsten Sonnabend wegen Nichtanerkennung des Tarifs zu kündigen, und daß unser Mitglied die Maßregelungsunterstützung erhält. Gleichzeitig möchte ich Sie darum bitten, dies zu begutachten, damit unser Mitglied auf dem Arbeitsnachweis an erster Stelle vermerkt wird. Ich werde dem Arbeitsnachweisverwalter auch diesbezüglich Mitteilung machen.

Ich möchte Sie noch bitten, mir auf beiliegender Karte doch gültig Bescheid zu geben, daß Sie durch diese Mitteilung Kenntnis von der Sache erhalten haben.

Mit toll. Gruß

S. Wiederhold, 1. Vorsitzender.

Also weil der Protegé des Herrn Wiederhold in der seit Jahrzehnten als nichtarbeitsfreie bekannte Firma Richard Schmidt (vorm. Schmidt & Baumann) gekündigt; soll er von seinem Vorsitzenden noch extra belohnt werden. Der Mann mit dem seltenen Namen Müller hat sich nach der Überzeugung des Gutenberghundsvorsitzenden so verdient gemacht um das Wohl der Brüder, daß er wegen seines Wirkens bei Richard Schmidt die Unterstützung für Gemäßregelte erhält. Gleichzeitig hat der Gehilfenvertreter dafür zu sorgen, daß der Herr Müller auf dem Arbeitsnachweis an erster Stelle vermerkt wird! Eine wunderschöne Einrichtung diese Tarifarbeitsnachweise nach der Ansicht des Gutenberghundsvorsitzenden. Die etwa 200 bereits vorgemerkten Arbeitslosen, alles tariffreie Gehilfen, treten respektvoll zurück, damit der Herr Tarifignotant an erste Stelle treten kann. So malt sich in Kopf eines Gutenberghundshauptlings die Welt! Der Gehilfenvertreter hat als höchster Mann auf einer beigegebenen Karte wunschgemäß dem Herrn Wiederhold mitgeteilt, daß er sein Schreiben erhalten und das Weitere veranlassen werde. Hoffentlich ist Herr W. mit der Art der Erledigung der Sache einverstanden.

München. Schnitter Tod hält unerbittliche Ernte in unseren Reihen; fast keine Versammlung in letzter Zeit ohne Trauerkundgebung. So ehrt auch die Versammlung vom 17. September vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der verstorbenen Kollegen Ludw. Zengelmayr, Otto Wegger, Emil Binder und Theodor Party. Von den vorstehenden 19 Aufnahmegesuchen konnten 15 befürwortet werden. Der Antrag auf Ausschluß zweier Mitglieder wurde in der Nichtung gegen das erste Mitglied zurückgezogen, bezüglich des zweiten nachmals von der Tagesordnung abgesetzt und späterer Beschlußfassung vorbehalten. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde die Streidung der Firma Marfert aus der Liste der tariffreien Druckereien bekanntgegeben und vor Konditionsannahme gewarnt. Die Firma hat einen Tarifschiedsgerichtsanspruch auf Zahlung von 60 Mk. wegen Kündigungsgelöses Entlassung nicht anerkannt. Das eine noch dort stehende Mitglied habe daraus die Konsequenzen zu ziehen und seine Kündigung einzuziehen. Ein anderer Fall betrifft die Firma Schäfer, wo unter beleidigenden Auslegungen gegen Verband und Tarifinstanzen bei Einstellung von Arbeitskräften der paritätische Arbeitsnachweis, auf dem zurzeit über 100 Konditionslose vorhanden sind, ungangen wird und zugereifte Kollegen auf dem Verlebe durch den Prinzipal engagiert werden. Der Vertrauensmann hat infolgedessen gekündigt. Der Vorsitzende betonte, daß unre zureifenden Mitglieder den Arbeitsnachweis zu respektieren hätten. Nachdem ein Vermittlungsversuch seitens des Prinzipalsvereins erfolglos gewesen sei, würden die zuständigen Tarifinstanzen angerufen, um einen Entscheid herbeizuführen. Bei dieser Gelegenheit wurde das Umhauen und Offerschreiben überhaupt, durch das die Verhältnisse nur zu oft ver-

schlechter würden, scharf verurteilt und gefordert, daß hierin Remede geschaffen werde. Zum Rechnungsbericht der Gaukasse für das zweite Quartal konstatierte Gaukassierer Biltz, daß sich die Finanzgebarung günstig gestaltet. Der Geschäftsgang sei ausnehmend gut gewesen. Die Gaukasse hat einen Vermögensbestand von 56957,02 Mk. Der nächste Punkt betraf die Stellungnahme und Beschlußfassung über den Antrag der Vertrauensmännerversammlung zur Feiertagsfrage. Infolge der verschiedenen Handhabung dieser Frage, welche schon seit langem einen wunder Punkt bildete und zu Differenzen unter den Gehilfen Veranlassung gab — es handelt sich hauptsächlich um die sogenannten halben Sommerfeiertage, welche in der einen Druckerei gehalten, in der andern voll, in der dritten mit dreieinhalb und in der vierten mit drei Stunden eingebracht wurden —, hatte sich eine Stellungnahme nicht mehr umgehen lassen. In einer sehr regen Diskussion wurden alle Gesichtspunkte, welche für und gegen das Einbringen sprechen, eingehend erörtert und der Antrag der Vertrauensmännerversammlung bestätigt, wonach an dem von den Vertretern der hiesigen Prinzipale und Gehilfen im Jahre 1896 gefaßten Beschlusse strikte festzuhalten ist, daß an den sieben halben Feiertagen vier Stunden effektiv gearbeitet werden. Das Verlangen auf Einbringen seitens der Gehilfen habe zu unterbleiben; gehe das Verlangen aber von der Firma aus, so sei die tarifliche Überstundenentschädigung zu beanspruchen. Es wurde ausdrücklich betont, daß man mit diesem Beschlusse keine Änderung in der Feiertagsfrage herbeizuführen, sondern lediglich die getroffenen Abmachungen in ihrem vollen Umfange und im gegenseitigen Interesse aufrecht erhalten wolle. Der nächste Tagesordnungspunkt, die vor kurzem aufgenommene Statistik in den Maschinenfabriken Münchens, wurde einer demnächst abzuhaltenden kombinierten Sitzung der Maschinenmeister und Vertrauensmänner überwiegen. Unter „Verschiedenes“ wurden noch zwei interne Angelegenheiten behandelt, womit die Versammlung ihren Schluß erreichte.

Rundschau.

Eine auffallende Streidung aus dem Verzeichnisse der tariffreien Druckereien ist die in voriger Nummer vom Tarifamte publizierte der Buchdruckeri Gutenberg (Fr. Jillessen) in Berlin. Fr. Jillessen, der Hauptinhaber dieser nunmehr tariffreien Firma, ist bekanntlich Vorsitzender des Geheimbundes der Arbeitgeber. Ehedem Pastor, macht es der christlichen Liebe dieses Mannes alle Ehre, die Verbandsmitglieder aus seiner Druckerei hinausgemagtregelt zu haben. Ein „Recht auf Arbeit“ gibt es bei Jillessen nur für Gutenbergbündler, allenfalls noch für einzelne verlorene Schafe von der Marke N-B. Der Arbeitgeberverband und der wackre Gutenbergbund, wie haben sie um die Wette gegen den Organisationsvertrag als eine Vergewaltigung der Freiheit der Arbeit sowie des freien Konditionsrechts gelärmt und die Öffentlichkeit belogen mit dem Popanz des Verbandsterrorismus! Jetzt, wo für dieselbe Öffentlichkeit dieses Terrorismusgeschrei schon wieder etwas in Vergessenheit geraten ist, glaubt der frumbe Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, mit seinem und seinesgleichen wahren Wesen herauszücken zu können: man wirft die Verbändler peu à peu zum Tempel hinaus und denkt so einen Spektakel zu vermeiden. Gemacht, ihr Zungenbolbe, so leicht soll euch die Täuschung nicht gelingen. Die Maske fiel und wie ertappte Werbrocher steht ihr da als die wirklichen Terroristen! An den Branger mit den Leuten, die in schämmster Form das betätigen, was sie andern wider besseres Wissen als furchmüßiges Verbrechen imputieren. Aber es ist gut, daß der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes dieses Schulbeispiel selbst gegeben hat. Und es ist gut, daß die Gedichte gerade jetzt zum Plagen kam, wo der Gutenbergbund in allen Tönen der Entrüstung aus einem Miniaturfall in M. Glabach eine Weltbegebenheit machte, in Berlin zur gleichen Zeit aber dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes den Rücken steifte, für seine Druckerei mit dem Verbands reinen Tisch zu machen. Denn die Buchdruckeri Gutenberg des Herrn Jillessen ist eine Bündlerdomäne, nur ein oder ein paar N-B. befinden sich noch dort. Ebenso wenig wie in Braunschweig bei Wieweg (wo selbst nahezu der ganze Ortsverein des Gutenbergbundes haust und den bekannten Revers freudig unterzeichnet) und in Helmstedt bei Schmidt wird der „tariffreie“ Gutenbergbund dem nunmehr tariffreien Druckereibesitzer Jillessen gegenüber die Konsequenzen ziehen. Die Schaumschlägereien eines Hoffaj über die Replikation des heiligen Rechts des Arbeiters, die Konditionsfreiheit, und seine scheinheiligen Jammerarien über „das Recht auf Arbeit“ werden ja selbst in Bündlerkreisen nicht ernst genommen. Wenn die Bundesleitung durch Hoffaj jetzt nun wieder erklären lassen sollte, sie brauche den Rat des „Korr.“ nicht und werde schon wissen, was sie Jillessen gegenüber zu tun habe, so wird wie in den erwähnten früheren Fällen nicht bloß zur gegebenen Zeit, sondern für alle Zeit die große Aktion des Bundes darin bestehen, bei Jillessen nach Leibeskräften weiter zu schaufeln. Daß dieser den Verbandsmitgliedern ein Recht auf Arbeit nicht zugestimmt, daß Jillessen lieber den Makel der Tarifuntreue auf sich läßt, als die von ihm so fanatisch verteidigte Organisationsfreiheit auch praktisch anzuerkennen, alles das macht der Bundesleitung keine Kopfschmerzen. Die Unguren lächeln einander an — und predigen nur noch lauter das Recht

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 6. Oktober 1908.

Anzeigen kosten: die Nonpareilzeile 25 Pf.;
Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

Nr. 116.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

auf Arbeit. Der Gutenbergsbund ist es ja, der dem Herrn Jillessen erst die Courage zu seinem terroristischen Vorgehen gegen den Verband gab. Nach den in jenen Kreisen herrschenden Anschauungen über Tariftreue werden beide sich nach wie vor noch als tariftreue gerieren. Das Organ des Arbeitgeberverbandes hat ja in einer seiner letzten Nummern dem Gutenbergsbund erst unständlich auseinandergesetzt, daß es sich für ihn nicht gezieme, die Erfüllung aller Positionen des Tarifs zu verlangen. Lohnzahlung, Arbeitszeit und Wehlingskala — alles natürlich hübsch lag gehandhabt — mehr sollte man nicht fordern. Den Tarif „in allen Stücken“ anerkennen, wurde der Gutenbergsbund befehrt, heiße den Verband begünstigen. Diese Forderung der „natürlichen Bundesgenossen“ des Bundes wie höchst bezeichnend der „Deutsche Papiermarkt“ das Verhältnis des Arbeitgeberverbandes zu der gelbes Gewerkschaft in unserm Gewerbe deklarierende war eine sehr eindringliche. Im „Typograph“ sperkte man sich jungfräulich zwar gegen dieses etwas fatale Liebeswerben von jener Seite, aber halb zog es ihn, halb sank er hin. Die öffentlich geminte Gegenständlichkeit ist eine Affenkomödie sondergleichen. Im Grunde ihrer Seele herrscht übereinstimmung, daß das Recht auf Arbeit und die Organisationsfreiheit nur so zu verstehen sind, wie eben die Auffassung des Gutenbergsbundes und des Herrn Jillessen darüber ist. Saubere Moral da wie dort!

Eine gehörige Portion Dreistigkeit wird häufig bei Berichtigungen entsalft. Was da mitunter an Wahrheitsverrentungen vollbracht wird — meist noch unter Berufung auf eine vom Gesetze geschaffene Schutzbestimmung gegen wirklich falsche Beschuldigungen und Darstellungen — ist einfach erntauschlich. Vor einiger Zeit konnten wir erst ein solches Berichtigungsmanöver der in Organisationsfeindschaft mit der Augsburger Maschinenfabrik konkurrierenden Druckerei Fr. Wiegand & Sohn in Braunschweig durchkreuzen. Von A bis Z war die uns von deren Geschäftsleitung zugegangene Berichtigung unwahr, das im „Korr.“ über diese Firma — übrigens zum sozialistischen Male — Gesagte entpuppte sich als völlig heftig. Auch die arbeitgeberverbändlerische Firma Gyll & Klein in Darmen machte jüngst einen mißglückten Berichtigungsversuch. Jetzt ist nun wieder ein solcher Fall von Unverschämtheit vorgekommen und wieder kommt ein gewerkschaftsfeindliches Unternehmen in Betracht. In Nr. 110 gaben wir von der Entlassung aller organisierten Arbeiter in der Paragon-Kassablockfabrik in Berlin-Weißensee Kenntnis und in Nr. 112 gab der Verbandsvorstand im Anschluß an die erste telegraphische Meldung amtlich bekannt, daß dieses Unternehmen für Verbandsmitglieder gesperrt sei, weil auch Buchdrucker dort beschäftigt werden. Darauf sandte die Paragon-Kassablockfabrik uns folgendes Schreiben, in dem schon die erwähnte Nummer des „Korr.“ vollständig unrichtig ist: „In Nr. 22 Ihres Blattes finden wir eine unsre Firma betreffende Notiz. Wir bitten Sie, davon Vermerk zu nehmen, daß von den bei uns beschäftigten Buchdruckern nicht ein einziger entlassen worden ist und wären Ihnen verbunden, falls Sie eine diesbezügliche Berichtigung veröffentlichen würden.“ Unser Gesandten kann man sich denken: Der Berliner Gauvorstand gibt uns telegraphische von der Aussperrung der organisierten Arbeiter in der Paragon-Kassablockfabrik Kenntnis, der Verbandsvorstand beantwortet diesen Terrorismus mit der Sperrung des Betriebes für Buchdrucker — und nun soll kein Wort daran wahr sein? Aber wir lassen uns nicht so leicht verblüffen und nach eingezogener Information an maßgebender Stelle stellte sich die „diesbezügliche Berichtigung“ der Paragon-Kassablockfabrik als absolute Unwahrheit heraus! Diese Gesellschaft verlangte von ihren sämtlichen Angestellten die unterschriebene Verpflichtung, während der Dauer der Beschäftigung bei ihr keiner gewerkschaftlichen Organisation anzugehören. 22 organisierte Arbeiter haben die Abgabe einer solchen Erklärung entschieden verweigert und wurden darauf am 26. September entlassen, und unter diesen 22 Entlassenen befanden sich fünf Buchdrucker. Sollen wir ihr vielleicht noch die Namen der Entlassenen nennen? (Der Anschluß gegen die Organisationsfreiheit der bei der Paragon-Kassablockfabrik Beschäftigten hat übrigens bereits das erfreuliche Resultat gezeitigt, daß eine große Zahl Berliner Restaurants die Geschäftsverbindungen mit ihr löste.) Die Paragon-Kassablockfabrik beging also erst mit ihrem Revolver einen Akt des Terrorismus, wie er in letzter Zeit auch von Stadtvertretungen öffentlich gebrandmarkt worden ist und auch von Staatsbehörden anlässlich des Vorgehens der bayrischen Industriellen gemißbilligt wurde. Dann geht sie aber her und leugnet fast ihr eigenes Tun. Das ist allerdings eine Leistung, und wenn das Motto genannter Gesellschaft: „Wir dienen der Welt“, immer solche Verwirklichung findet, dann Gut ab vor dieser — Dreistigkeit!! Ein Widerspruch ist unsers Erachtens darin zu finden, daß der preussische Handelsminister den in der

Reichsdruckerei bestehenden Prüfungsausschuß für Buch-, Stein- und Kupferdruck, Schriftgießerei, Gravieren und Galvanoplastik offiziell anerkannt bzw. den Prüfungszeugnissen dieses Ausschusses jetzt die Wirkung der Zeugnisse über das Bestehen der Gesellenprüfung beigelegt hat. Die Prüfungsausschüsse des Berliner und des Leipziger Prinzipalvereins, denen auch Gehilfen angehören, gelten aber, wie vor einiger Zeit an dieser Stelle dargelegt wurde, nicht für voll. Wenn hier nur die Prüfungsausschüsse der Handwerkskammer kompetent sein sollen, so wird das gute Bestreben der nichthandwerksmäßigen Druckereibetriebe in Berlin und Leipzig, welche Kategorie in diesen Druckzentren überwiegt, hinsichtlich der Gehilfenprüfungen unterbunden, weil sie der Handwerkskammer ja nicht unterstehen. Dann aber ist das doch auch eine recht unterschiedliche Behandlung. Warum soll denn der Prüfungsausschuß der Reichsdruckerei vor denen der genannten Vereine bevorzugt werden? Hoffentlich lassen diese sich das nicht gefallen, sondern bringen nun die frichtige Frage zum Austrag.

Wegen Diebstahls und Hehlerei hatten sich neun ehemalige weibliche Angestellte einer Buchdruckerei in Breslau vor dem dortigen Schöffengerichte zu verantworten. Ein Gutgeschäft übergab seit Jahren große Ballen von Futtfutter (Weinwand, Atlas und Seide) fraglicher Firma zum Zurechtschneiden. Eine Kontrolle bei Ablieferung des geschnittenen Futters fand nicht statt, und so kam es, daß in der Buchbinderei Beschäftigte nicht nur Abfälle, sondern auch größere Stücke für sich beschlössen und mit den Einlegerinnen „tamerabschäftlich“ teilten. Die Sache kam durch eine jedenfalls bei dem Raube benachteiligte Einlegerin an das Tageslicht, und zwar in Form einer von dieser an den Inhaber des Gutgeschäftes gerichteten Denunziation. Die Denunziantin wurde aber wegen Hehlerei selbst zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt; dieselbe Strafe erhielten zwei weibliche Personen aus der Buchbinderei (Diebstahl) und wegen Hehlerei die Frau des leitenden Geschäftsführers der Buchdruckerei zwei Tage. Fünf Einlegerinnen wurden von der Anklage der Hehlerei freigesprochen.

Die Tariftreue in Sarajewo und die „eine Meidung“ des Wiener „Wohwärts“ von den Prinzipalen abgebrochen und die Gehilfen darauf in die passive Resistenz eingetreten. Die Druckereibetriebe in der Hauptstadt Bosniens versuchten ihre Druckaufträge, selbst die Herstellung von Tageszeitungen, in Österreich und speziell in Wien unterzubringen. Vergeltliche Mühe!

Die Boykottfrage ist trotz Reichsgerichtsurteil noch recht unklar, vielleicht auch deshalb, weil ein späteres Reichsgerichtsurteil als das die Straffreiheit des Boykotts in ziemlich weitem Maße ausprechende Urteil des höchsten deutschen Gerichtshofs vom 11. Juli 1906 an dem erstern nicht gerade förderlich herunkommentiert hat. Wir zeigen in einigen der nachfolgenden Notizen an verschiedenen Beispielen, wie sehr es an der notwendigen Klärung in der Frage noch fehlt. Zu begrüßen war es darum gewiß, daß der deutsche Juristentag, dessen hauptsächlichster Arbeit schon gedacht worden ist, seine Aufmerksamkeit auch dieser Materie zuwandte. Daß dies auch für die Herren von der edlen Juristerei nur ersprießlich war, beweisen die Verhandlungen. Der Kammergerichtsrat Pape (Berlin) bezeichnete in seinem Gutachten den Boykott als gemeinschädlich und unerlaubt und berief sich bei dieser seiner Stellungnahme auf die Gesellschaft für soziale Reform, die inzwischen Dr. Pape aber schon desaporiert hat. Obwohl der Herr Kammergerichtsrat die Berufserklärung verdammt, sie durch Schadenersatzklagen und Inhaltsbefehle bekämpft wissen will, soll sie gelten als Ausfluß der Willkür, in Begleitung von Streiks und in Form von schwarzen Listen, wenn dieselben sich — wie nau! — auf die bloße Mitteilung beschränken. Der Pape'sche Standpunkt ist, kurz gesagt, der des zweierlei Rechts, des schlimmsten Übels in einem zivilisierten Staate. Pape fand nur in dem Oberlandesgerichtsrat Dr. Lobe (Dresden) einen Selbstanten in seiner Ansicht, doch auch dieser eine machte noch einige Vorbehalte gegen Papes Standpunkt geltend. Dr. Ettinger (Wien) bezeichnete denselben als einen Rückfall in das Zeitalter der verschleierte Leibeigenschaft. Der Boykott müsse durchaus erlaubt sein, nicht aber die schwarzen Listen, weil ja schon der Arbeitgeber dem Arbeiter kein Zeugnis ausstellen dürfe, das dessen Fortkommen erschwere. Dr. Detmann (Erlangen) wandte sich nur gegen unbeschränkten Boykott und unethischmäßige Schädigung. Die Sanktion der Arbeiterorganisationen müsse aber klarer gestellt werden. Gemeinrat Rosin (Freiburg) erklärte der Boykott für ein erlaubtes Kampfmittel. Niemand habe ein Recht auf ungehinderten Gewerbebetrieb. Die Freiheit des wirtschaftlichen Lebens werde durch ein Verbot des Boykotts beeinträchtigt. Nur die sittliche Zulässigkeit des Boykotts könne gefordert werden. Recht bemerkenswert war, daß ein Abgeordneter des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Professor Leidig, die Berufserklärung als ein zwar gefährliches, aber zu-

läufiges Kampfmittel bezeichnete. Das war wenigstens konsequent, denn die Scharfmacherverbände sind ja die Meister des Boykotts. Der ebenfalls anwesende Syndikus des Schutzverbandes der Brauereien vertrat wieder den gegenteiligen Standpunkt. Zwei Unternehmeranwälte also, die sich vollständig widersprechen! Landgerichtsrat Kulemann (Braunschweig) machte den Juristen noch das Kompliment, daß die gewerblichen Einigungsämter für diese Frage viel geeigneter seien als die ordentlichen Gerichte. Mit großer Mehrheit wurde dann eine Resolution angenommen, die der Gerichtspraxis das Vertrauen ausspricht, auf der Grundlage des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Interessen der Erwerbstreibenden und der Arbeiter zu wahren. Hoffentlich wirkt diese Debatte in Karlsruhe nun auch ankündend in so manchem Juristentopfe.

Als ein Verstoß gegen die guten Sitten durch die seitens eines Arbeitgebers herbeigeführte Sperre über früher bei ihm beschäftigte Arbeiter wurde folgender Fall angeführt: Ein Industrieller hatte für seinen Betrieb, dessen Sitz sich in einer Großstadt befindet, den Beginn der Arbeitszeit auf 7 Uhr morgens festgesetzt. Ein in dem Unternehmen beschäftigter Arbeiter traf nun eines Morgens vier ebenfalls in dem Betrieb angestellte, zurzeit jedoch in einem Vororte tätige Arbeiter, als sie erst um 7 Uhr früh nach der ziemlich entfernten Arbeitsstätte abfahren. Als er sie hierüber zur Rede stellte, verlangten sie, daß die Fahrzeit in die Arbeitszeit mit eingerechnet werde, widrigenfalls sie die Arbeit niederlegen würden. Tatsächlich stellten sie auch am Abende des fraglichen Tages, nachdem ihr Verlangen abgelehnt worden war, die Arbeit ein, was sie gemäß ihres Tarifs mit dem Industriellen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist tun durften. Nunmehr veranlagte der Arbeitgeber die Verhängung einer Sperre über die vier Arbeiter, durch welche sie verhindert wurden, in ihrem Wohnort oder dessen Umgegend als gelehrte Arbeiter Beschäftigung zu finden, so daß sie einmal eine Einbuße an ihrem Verdienst erlitten und ferner durch die Tätigkeit außerhalb ihres Wohnorts, erhöhte Auspionnungen zu wahren hatten. Wegen des ihnen aus dieser Maßnahme erwachsenden Schadens nahmen die Arbeiter ihrerseits keinen Geh in Anspruch, und als jener sich weigerte, die verlangte Entschädigung zu leisten, strengten sie gegen ihn, gestützt auf § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach derjenige, welcher einem andern in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise Schaden zufügt, dem andern zum Ersatz des Schadens verpflichtet ist, die Schadensersatzklage an. Der Beklagte machte geltend, er habe nach der ihm gegebenen Darstellung über die Ereignisse, welche der Arbeitsniederlegung der Kläger vorangingen, annehmen müssen, die Kläger hätten ihre Forderung im Auftrage des Verbandes gestellt und sie hätten „mit ihm und seinen Berufsgenossen unter Verletzung des Tarifvertrags einen Lohnkampf beginnen sollen“. Infolgedessen trat das Gericht in eine genaue Prüfung des für die Angehörigen der beiden hier in Frage stehenden Verbände geltenden Tarifvertrags ein, aber weder das Amtsgericht noch auch in zweiter Instanz das Landgericht Kiel konnten in dem Verhalten der Kläger eine Verletzung des Tarifvertrags finden. Der Tarif bestimmte zwar den Bezirk der fraglichen Großstadt so, daß eine große Anzahl Vororte — darunter auch die streitige Arbeitsstätte — in den Bezirk hineinfallen, und nur für Arbeiter außerhalb dieses Bezirks setzt er einen gewissen Lohnzuschlag sowie freie Hin- und Rückfahrt fest, eine Vorschrift über die Berechnung der Arbeitszeit entfällt er indessen nicht. Wenn nun auch bei der heutigen Rechtsentwicklung, so äußerte sich der Gerichtshof, von dem Standpunkt auszugehen ist, daß für die Angehörigen zweier im Tarifverhältnisse stehenden Verbände eine wenigstens moralische Verpflichtung besteht, während der Geltung des Vertrags keine andern Bedingungen zu erstreben, als im Tarife festgesetzt, so läßt sich doch darin, daß die Kläger die Fahrzeit von ihrem Wohnorte zu der ziemlich entfernten liegenden Arbeitsstätte in die Arbeitszeit eingerechnet zu haben wünschten, ein Verstoß gegen die Pflicht der Tariftreue nicht ohne weiteres finden. Denn der Tarif spreche sich nicht dahin aus, daß innerhalb des darin genau festgelegten Bezirks die Arbeitszeit stets vom Eintreffen auf der Arbeitsstätte bis zu deren Verlassen zu berechnen sei. Jedenfalls bestehe doch eine nicht wegzuleugnende Verschiedenheit darin, ob ein Arbeiter, der wie hier am Betriebsorte des Unternehmens wohnt, in der Stadt selbst oder in einer Arbeitsstätte beschäftigt ist, die sich in einem an der äußersten Grenze des im Tarifvertrage festgesetzten Bezirks liegenden Vorortes befindet. Wenn nun wirklich die Arbeiter gegen den Tarif verstoßen haben sollten, so handelte es sich doch nur um einen ganz leichten Verstoß, und einem solchen gegenüber hatte der Beklagte nicht die geringste Veranlassung zu der von ihm gewählten harten Vergeltungsmaßregel. Diese stand außer allem Verhältnisse zu dem Unfalle und muß daher als ein Verstoß gegen die

guten Sitten angesehen werden. Die Kläger haben mit der ordnungsgemäßen Lösung des Arbeitsvertrags nur ihr gutes Recht ausgeübt, und ihre mit der Klage geltend gemachte Schadenersatzforderung mußte sonach als berechtigt erachtet werden.

Zwei weitere Boykottprozesse demonstrieren die Unsicherheit der Rechtspflege auf diesem Gebiete recht drastisch. Fünf früher von dem Gewerkschaftskartell Mannheim boykottierte Weggermeister haben bei dem badiſchen Oberlandesgericht ein obliegendes Urteil erreicht, indem das Mannheimer Gewerkschaftskartell und noch zwei andre Personen zur Ersatzleistung des Weggers aus dem Boykott erwachsenen Schadens verurteilt wurden. Die Sache soll aber noch an das Reichsgericht gehen. — Anders war es mit einer gegen den „Textilarbeiter“ angefügten Klage. Die Kammergerichtspräsidentin Liebschütz glaubte sich durch einen im Verbandsorgane der Textilarbeiter gegen sie ausgesprochenen Boykott benachteiligt. Anfänglich 9000 Mk. verlangend, ermäßigte die Firma — hinter der offenbar der Arbeitgeberverband stand — später ihre Forderung auf 3000 Mk. Sie fiel aber in allen Instanzen und schließlich auch beim Reichsgerichte mit ihrer Klage ab.

Durch Vergleich beendet ist der Streik der optischen Arbeiter in Rathenow. — Die beabsichtigte Generalaussperrung der Glasarbeiter unterbleibt, da ein den Unlust dazu bietender Konflikt durch Abschluß eines Tarifs beseitigt wurde.

Die Petersburger Studenten wollten am Tage des Abschlusses dieser Nummer in einen allgemeinen Streik treten. — Die Eisenbahner der in englischen Besitz befindlichen Bahn Smyrna—Midin befinden sich im Ausstände. Auch bei diesem Eisenbahnerstreik in der Türkei geht es wieder recht launig her. Die Ausständigen haben nämlich die Direktion abgesetzt und sich des Betriebs bemächtigt.

Briefkasten.

V. M. in Reiffe: 10 Stunden. — F. Fr. Gr. in Eingen: Das Abonnement auf den „Korr.“ ist nur bei der Post zu bestellen. — W. S. in Schwabach: Vor Herstellung der Separatabzüge noch erledigt worden. Gruß!

Trotz aller Hinweise und Bitten, nicht an die Expedition, die Geschäftsstelle oder einfach an den „Korrespondent“ geschäftliche Zuschriften zu richten, ist es namentlich ein Teil der Leser von Postanweisungen, der fälschlich vorgenannte Adressen wählt. Zudem wir auf die am Schluß jeder Nummer angegebenen Adressen für die verschiedenen Einwendungen an den „Korr.“ aufmerksam machen, ersuchen wir zur Vermeidung von Scherereien mit der Post nochmals dringend, Postanweisungen, Inserate, Offerten, Werbungsanzeigen usw. nur an **Georg Böckig, Leipzig, Salomonstraße 8** zu adressieren.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 11191.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einbringung der Statistiken über die Arbeitslosigkeit im 3. Quartale 1908: **13. Oktober**, pünktlich einzu-

halten, da spätere Eingänge unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden können. — Von Orten, in denen Arbeitslose nicht vorhanden waren, sind trotzdem die Karten mit Angabe der Mitgliederzahl einzusenden, um das Prozentverhältnis der Arbeitslosen zur Gesamtmitgliederzahl genau feststellen zu können.
Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Wau Schlesien. Bei der Gauvorstandswahl wurden 1728 resp. 634 Stimmen abgegeben. Davon erhielten als Vorsteher C. Fiedler 931, G. Steinbrecher 717; als stellvertretender Vorsteher: S. Fiering 464, P. Fielcher 143; als Schriftführer B. Wächner 394, F. Weichert 206; als Beisitzer V. Richter 472 Stimmen. Die geperpetrierten Gedruckten gelten somit als gewählt.

Barmen. Der Seher Hans Verlet aus Barmen wird hierdurch aufgefordert, sich behufs Regulierung seiner Verpflichtungen sofort mit dem hiesigen Bezirksstaßierer in Verbindung zu setzen, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In Bad Essen der Seher Herr. Wilh. Hemmighaus, geb. in Mönchshöfen 1889, ausgl. in Bad Essen 1907; war noch nicht Mitglied. — Karl Rabes in Osnabrück, Johannismauer 22.

In Weingries der Schweizerdegen Otto Rimmed, geb. in Weingries 1889, ausgl. da. 1906; war noch nicht Mitglied. — In München 1. der Seher Heinrich Waltsch, geb. in Wien 1887, ausgl. da. 1907; 2. der Drucker Guido Fuchs, geb. in München 1882, ausgl. da. 1900; waren noch nicht Mitglieder. — In Passau der Seher Richard Blaschmayer, geb. in Passau 1884, ausgl. da. 1903; war noch nicht Mitglied. — Joseph Seig in München, Holzstraße 24, I.

In Bochum der Seher Jan Przybylski, geb. in Drzaggowo 1889, ausgl. in Bochum 1908; war noch nicht Mitglied. — A. Lieb, Heinrichstraße 5.

In Breslau der Drucker E. Dittler, geb. in Weida (S.-M.) 1868, ausgl. da. 1886; war schon Mitglied. — S. Härtel, Friedrichstraße 100a, II.

In Dresden der Seher Fritz Opitz, geb. in Bößzig (S.-M.) 1889, ausgl. in Dresden 1908; war noch nicht Mitglied. — In Radeberg der Schweizerdegen Rud. Behrens, geb. in Wolmirstedt 1885, ausgl. da. 1903; war noch nicht Mitglied. — In Rönigsbrück die Schweizerdegen 1. Gustav Georg Hornuff, geb. in Königsbrück 1887, ausgl. in Deutschbora 1905; 2. Max Paul Hönigsch, geb. in Königsbrück 1889, ausgl. da. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — S. Steinbrück in Dresden, Mathildenstraße 7, I.

In Platon (Westpr.) der Seher Paul Lubenau, geb. in Schubin 1884, ausgl. da. 1901; war schon Mitglied. — In Marienburg (Westpr.) der Schweizerdegen Paul Wagnitz, geb. in Biedel 1889, ausgl. in Marienburg 1907; war noch nicht Mitglied. — In Strassburg (Westpr.) die Seher 1. Wladislaus Schmechel, geb. in Strassburg (Westpr.) 1883, ausgl. da. 1902; 2. Otto Wendi, geb. in Strassburg (Westpr.) 1889, ausgl. da. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — S. M. David in Danzig, Grabengasse 9, II.

In Glückstadt der Seher Otto Ohle, geb. in Wittenberge 1887, ausgl. in Brigwall 1905; war schon Mitglied. — Martin Prüiter in Kiel, Schauenburger Str. 34.

In Hamburg der Drucker Fritz Knacke, geb. in Bremen 1882, ausgl. in Hamburg 1900; war schon Mitglied. — W. Dreier, Wefenbinderhof 57 I.

In Hadmersleben der Schweizerdegen F. Schmidt, geb. in Hadmersleben 1890, ausgl. da. 1908; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Kruse in Halberstadt, Am Kanonenberg 9.

In Krefeld die Seher 1. Peter Mylord, geb. in Krefeld 1889, ausgl. da. 1908; 2. Leonhard Deußen, geb. in Krefeld 1891, ausgl. da. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — In Goch die Schweizerdegen 1. Woytus Hommers, geb. in Goch 1890, ausgl. da. 1908; 2. Heiner Schwindges, geb. in Krefeld 1890, ausgl. in Goch 1908; waren noch nicht Mitglieder. — In M. Gladbach Friedr. Fliesgen, geb. in M. Gladbach 1890, ausgl. da. 1908; war noch nicht Mitglied. — Jakob Erkelenz in Krefeld, Dreikönigenstraße 29.

In Mainz der Seher Wilhelm Braun, geb. in Elberfeld 1888, ausgl. in Köln a. Rh.; war noch nicht Mitglied. — Friedr. Conrabi, Maurigenplatz 6.

In Neustadt (O.-Schl.) der Seher Fritz Lessa, geb. in Neustadt (O.-Schl.) 1890, ausgl. da. 1908; war noch nicht Mitglied. — Adolf Müller in Reiffe, Breslauer Straße 19.

In Oldenburg i. Gr. der Seher Gustav Sulz, geb. in Leiferde (Hannover) 1884, ausgl. in Audenwalde 1902; war schon Mitglied. — F. Roth, Wochstr. 13.

In Pöten i. S. der Seher Friedrich Meyer, geb. in Pöten (Rheg) 1889, ausgl. da. 1907; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüiter in Kiel, Schauenburger Straße 34, p.

In Trier der Seher Peter Weber, geb. in Schöndorf b. Trier 1888, ausgl. in Trier 1906; war noch nicht Mitglied. — R. Herrig, Kapellenstraße 64.

Arbeitslosenunterstützung.

Mühlhausen i. G. Wegen Abreise des Reisekassenverwalters wird bis auf weiteres die Unterstützung vom ersten Vorliegenden H. Dammwartz, Fabrikstraße 35, zwischen 11—12 Uhr vormittags ausbezahlt.

München. Der Seher Hans Kain (Hauptbuchnummer 87221) verlor angelegentlich sein erstes Quittungsbuch (Bayern 4304) auf der Reise in Italien. Denselben wurde ein neues Quittungsbuch (Bayern 4461) ausgestellt. Es wird gebeten, im Auffindungsfalle das erste Buch an den Hauptverwalter Adolf Beyer, Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I, einzusenden, da es hierdurch als ungültig erklärt wird.

Berammlungskalender.

Essen (Ruhr). Maschinenseverversammlung, Sonntag, den 26. Oktober, in Krefeld. Anträge sind bis zum 13. Oktober an den Vorsitzenden einzureichen.

Hannau a. M. Besitzt vorerwähnt Sonntag, den 1. November, vormittags 11 Uhr, in Weinhäuser. Dasselbe nachmittags 2 Uhr allgemeine Buchdruckerverammlung.

Mittelsied. Versammlung Sonnabend, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Restaurant „Hofgarten“.

Dresden-Hausmannsweg. Versammlung Sonnabend, den 10. Oktober, abends 9 Uhr, im Restaurant Dänischel, Ecke Ernst- und Marienfelder Straße.

Tüchtiger Korrektor

der stenographieren kann, möglichst sofort gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten an die **Mannheimer Vereinsdruckerei, Mannheim.**

Tüchtiger strebsamer Schweizerdegen findet gesicherte Exist. durch Erwerb einer feinen Buchdr. in Konturdruck. Dte d. Markt. Erford. 5000 Mk. W. Dff. u. S. 8 a. d. Geschäftsst. d. W.

Galvanoplastiker

per sofort gesucht. **Karl Kind jr., Bielefeld.**

Tüchtige Stempelschneider und Zeuggraveure sind den jetzt oder später dauernde u. angenehme Stellung bei hohem Lohn. **H. Schwarz, Hissenbach a. M.**

Junger Schweizerdegen am Kaiser wie an der Maschine tüchtig, sucht sofort Stellung. Werte Offerten erbeten an **Max Pohle, Bad Salzungen.**

Monotypsetzer sucht Kondition. Werte Offerten erbeten an **F. Berger, Leipzig, M. Gabelsbergerstr. 10.**

Flotter Schriftsetzer in allen Gattungen bewandert, im Korrekturlesen ausnehmend tätig gewesen, verschärft sucht sofort dauernde Kondition. Bezugsgröße bevorzugt. Werte Offerten an **Ernst Pfeiler, Marienberg, Schloßstraße 18.**

Stereotypiepapiere

In all. Formaten, Filopapier, Auslogopapp, Trocken- und Kalenderritz, Matrizenpulver 40 Pf., Bunzenpulver 60 Pf., Metallreinigungspulver 1,50 Mk., Klopffurten. **H. Andressen & Sohn, Hamburg.**



Typographische Gesellschaft Hamburg.

Mittwoch, den 7. Oktober, im Vereinslokale „Karlsburg“:
Mitgliederversammlung.

T.-O.: 1. Mitteilungen des Vorstandes; 2. Protokollverlesung; 3. Halbschlichte Neuwahl des Vorstandes; zweiter Vorsitzender; zweiter Schriftf.; 4. Bibliothek; 5. Verschiedenes.
Ausstellung von Münchener Schülerarbeiten.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand. [850]

Tüchtiger Anleger

auch für Siegel, sucht Stellung auf sofort. Werte Offerten mit S. B. 1 postlagernd Dresden b. G. erbeten. [842]

Der graphische Arbeitsmarkt

wird bereits fünf Stunden nach Aufgabe der heutigen Montags- und Donnerstags an alle Postämter des deutschen Reichs versandt, von denen

Arbeitsuchende

diese Sonderausgabe zum Preise von 9 Pf. pro Monat beziehen können.

„Buchdrucker-Woche“
Berlin SW 68, Zimmerstraße 6.

Anhang zum Tarife

von **Konrad Götler**.
Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie Georg Böckig, Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

Erstklassiges buntes Witzblatt (12 Seiten Text, Umschlagseiten buntes) liefern mit beliebigem

Lokaltitel.

Durch Inserate ist hoher Gewinn zu erzielen. Verlangen Sie Probestätter und Offerte. **Morton & Morton, Mannheim 3.**

Verlag von Julius Mäser in Leipzig-R.

Die Lehre vom Akzidenzsatze.

Von Alex. Waldow. 4. Auflage, herausgegeben von Friedrich Bauer. Geb. 10 Mk. In großen Zügen werden die grundlegenden Prinzipien des Akzidenzsatzes behandelt, die das Buch zierenden Beilagen sind von der Fachpresse allgemein als bahnbrechend für den Akzidenzsatz bezeichnet worden. Das Buch eignet sich vorzüglich als sehr preiswertes Geschenk.

Regelmäßige Mitteilung von Verlobungsanzeigen

wird honor. durch A. Schmechel, Berlin S 88. [834]

Fachgeschäft f.d. graph. Gewerbe

H. MATHAEUS

Stuttgart-Gablenberg.
Empfehlen die Kollegen
sämtl. Fachartikel
und Schmucksachen
zu billigen Preisen
Katalog gratis u. franko.

Radw. warmlaufender Elektromotor wird gut honoriert. W. Dff. u. C. C. 7818 an **Hud. Hoffe, Berlin, Schiffbauerdamm 1.** [847]

Haus

ist vernünftig, denke an W. . . . Du mußt am Sonnabend, den 10. Oktober, umbedingt hier sein. **Georg.** [848]

Unserm lieben Kollegen **Hugo Bohr** zum vierzigjährigen **Verbandsjubiläum** die herzlichsten Glückwünsche. **Dresden, den 5. Oktober 1908.** [851]

Die Mitglieder der Kgl. Hofbuchdruckerei.

Hermann Breitzke

im 39. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Berlin, den 2. Oktober 1908. [849]
Die Kollegen der „Berliner Börsenzeitung“.

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaber: Clara verw. Härtel)
Kohlgartenstraße 13
liefert franco

Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen-Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. **Neuehandbuch für die organisierten Buchdrucker.** Mit einer Karte von Deutschland. Mit Bearbeiter von Konr. Götler. Preis 1,50 Mk.

Adressen für Zusendungen an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“:
für Artikel u. Korrespondenzen: **Adwig Regehäuser**,
„Mannheim und Gewerkschaftliches: **Willy Kraß**,
„Verbandsnachrichten, Inserate, Offerten, Postanweisungen“: **Georg Böckig**,
sämtlich in Leipzig, Salomonstraße 8.